

## Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wollen, dass Bayern nach der Landtagswahl stabil und vernünftig regiert wird. Garant dafür sind wir FREIE WÄHLER. Wir sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Nach der letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode am vergangenen Donnerstag können wir zufrieden zurückblicken: In den letzten zehn Jahren haben wir aus der Opposition heraus bereits viel für Bayern erreicht: Die Abschaffung der Studiengebühren, eine Rückkehr zum G9 und das Aus für die Straßenausbaubeiträge – das geht alles ganz klar auf das Konto der FREIEN WÄHLER. Wir erkennen die Themen, die dringend korrigiert werden müssen. So muss endlich auch in Bayern die Kinderbetreuung kostenfrei werden: Angesichts der meist sehr teuren Betreuungsplätze reichen 250 Euro Familiengeld jedoch bei Weitem nicht aus, um Familien zu entlasten. Wir FREIE WÄHLER setzen uns daher dafür ein, Qualitätsverbesserung und Kostenfreiheit unter einen Hut zu bringen.



*Florian Streibl, MdL  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer*

Auch beim Ausbau des schnellen Internets und der Mobilfunkabdeckung hakt es in Bayern teilweise gewaltig. Deshalb fordern wir den Einsatz von „National Roaming“ – davon würden insbesondere Menschen im ländlichen Raum profitieren. Eine „bayerische Kavallerie“ lehnen wir dagegen ab: Statt Pferdeställe zu bauen, sollte die Staatsregierung das Geld lieber in die Gesundheitsversorgung stecken. Wir fordern eine Bestandsgarantie auch für kleine Krankenhäuser und die Geburtsstationen im Freistaat.

Die CSU-Staatsregierung hat Bayern viele politische Baustellen hinterlassen. Diese müssen als solche erkannt und angegangen werden – nur dann können die Probleme auch gelöst werden. Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode wollen wir mit allen Fraktionen des Landtags eine Gesprächsbasis herstellen. Wir FREIE WÄHLER wollen die Themen anpacken, die die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bewegen. Unsere guten Ideen lassen sich allerdings besser vom Regierungstisch aus umsetzen als aus der Opposition heraus mit Volksbegehren.

## R ü c k b l i c k

Über 20 Monate reichen der Bayerischen Staatsregierung offensichtlich nicht, um eine **Große Anfrage (Interpellation)** der FREIEN WÄHLER vom Januar 2017 zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit noch vor der Landtagswahl zu beantworten. Die Kommunikation der obersten Staatsbehörden Bayerns scheint immer mehr der persönlichen Selbstdarstellung von Ministern und Staatssekretären zu dienen. Im Zentrum der von uns nachgefragten Vorfälle steht der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident Markus Söder. Er ist nicht das einzige Kabinettsmitglied, das mit überbordender Außendarstellung die Grenzen zwischen Regierungshandeln und Parteiwerbung austestet – allerdings hat er seine mediale Schlagzahl seit Amtsübernahme nochmals deutlich gesteigert. Es ist nun auch Söders Regierung, die die Beantwortung unserer Interpellation deutlich bis nach der Landtagswahl verzögert. Diese Hinhaltenaktik ergibt für uns drei verschiedene Optionen: Entweder ist die Staatsregierung sachlich nicht in der Lage, die Fragen binnen 20 Monaten zu beantworten – ein Sinnbild der Regierungsarbeit. Oder: Die amtierende Regierungsspitze hat gemerkt, dass die Antworten zu brisant sind, um sie vor der Landtagswahl zu veröffentlichen. Möglich wäre auch, dass Recherchen der Staatsregierung ergeben haben, dass hier relevante Tatbestände einzelner ihrer Mitglieder vorliegen, die etwa den Bayerischen Rechnungshof auf den Plan rufen könnten. Wie auch immer sich die Sachlage darstellt: Wir sind nicht gewillt, diesen Vorgang auf sich beruhen zu lassen. In einem ersten Schritt haben wir deshalb Landtagspräsidentin Barbara Stamm schriftlich gebeten, den Sachverhalt seitens des Landtags aufzuklären und das Vorgehen der Staatsregierung offiziell zu rügen.

Im Kampf gegen nach wie vor klaffende Funklöcher in Bayern machen wir uns für den Einsatz von „**National Roaming**“ zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung stark. Die Staatsregierung hat es jahrelang versäumt, sich um einen systematischen Mobilfunkausbau auch in strukturschwachen Regionen zu kümmern. Kurz vor der Landtagswahl soll es jetzt ein undurchdachtes Förderprogramm richten. Besonders kritisch sehen wir, dass dazu 500 zusätzliche Funkmasten aufgestellt werden sollen. Statt neuer Masten müssen die Unternehmen zu „National Roaming“ verpflichtet werden, um gezielt Lücken im Netz zu schließen. Wenn beispielsweise im Heimnetz nur eine 2G-Versorgung verfügbar ist, das Partner-Netz jedoch über eine schnellere 3G-Versorgung verfügt, so wählt sich das Handy automatisch in das bessere Netz ein. Von nationalem Roaming könnten so insbesondere Menschen in strukturschwachen Regionen mit schlechter Mobilfunkabdeckung profitieren.

Die Zahl der Pharmaziestudenten ist seit Jahren relativ konstant, doch immer weniger Absolventen wollen in einer **öffentlichen Apotheke** arbeiten – nicht zuletzt wegen der schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das führt zu Engpässen und Vakanzen in den Apotheken vor allem im ländlichen Raum. Wir müssen jetzt schnell handeln, um die Versorgung mit Präsenzapotheken auch zukünftig sicherzustellen. Mit einem Antrag haben wir die Staatsregierung deshalb aufgefordert, sich unter Wahrung der Eigenverantwortlichkeit der Hochschule für die Errichtung eines weiteren Instituts für Pharmazie und damit für eine Ausweitung des Studienplatzangebots für Apotheker einzusetzen. Ein flächendeckendes Angebot an Apotheken in Stadt und Land ist wesentlicher Bestandteil einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung. Apotheker erfüllen als erste Ansprechpartner für alle Gesundheitsfragen an 365 Tagen und 24 Stunden eine bedeutende Aufgabe vor Ort. Doch schon heute führt die Bundesagentur für Arbeit den Beruf des Apothekers als Mangelberuf. Es besteht also dringend Handlungsbedarf. Nur mit zusätzlichen Studienplätzen kann die Daseinsvorsorge an inhabergeführten Apotheken langfristig und wirksam sichergestellt werden.

Wir FREIE WÄHLER begrüßen, dass die Staatsregierung weitere Maßnahmen zum Ausbau der **Sicherheit des Oktoberfests** ergreift. Der versuchsweise Einsatz von „Super Recognizern“, also von Polizisten, die Gesichter sehr gut wiedererkennen können, ist ein hervorragender Beitrag für eine friedliche Wiesn. Auch die neue Dienstwaffe, der vermehrte Einsatz von Bodycams und die Intensivierung der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen begrüßen wir. Wichtig ist jetzt allerdings, dass die rund 1.300 Polizisten, die gerade ihre Ausbildung abgeschlossen haben, noch von den Berufserfahrenen lernen können und nicht nur als Ablöse der Pensionäre fungieren. Dass die Anforderungen an unsere Polizisten steigen, darf nicht zur Belastungsprobe für die nächste Polizistengeneration werden. Deshalb fordern wir FREIE WÄHLER, den Folgen der unverantwortlichen Sparpolitik ein Ende zu bereiten. Unnötige und durchschaubare Wahlkampfgags wie eine Ausweitung der bayerischen Reiterstaffel lehnen wir ab. Statt Unsummen in die Pferdeausbildung zu investieren, sollte die Staatsregierung sich endlich um angemessene Arbeitsbedingungen für die Menschen kümmern, die täglich unsere Sicherheit gewährleisten.

Perspektiven für potentielle Flüchtlinge schaffen, bevor sie ihr Heimatland verlassen: Über die große Bedeutung der **Fluchtursachenbekämpfung** ist sich die Politik inzwischen weitgehend einig. Doch bis zum Auslaufen des aktuellen bayerischen Programms zur Fluchtursachenbekämpfung hat es die Staatsregierung nicht geschafft, die für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 geplanten Mittel zu investieren. Abzüglich der Haushaltssperre sind es rund zwei Millionen Euro, für die die CSU keine Projekte auf die Beine stellen konnte. Ändern will die Staatsregierung an ihrem Programm zur Fluchtursachenbekämpfung aber nichts. Wir werfen der Staatsregierung außerdem vor, weiterhin keine Transparenz bei den Förderkriterien herstellen zu wollen: Potentielle bayerische Projektträger haben praktisch keinerlei Chance, sich auf Basis objektiver Kriterien für die Mittel zur Fluchtursachenbekämpfung zu bewerben oder die Zuschlagschancen durch entsprechende Feinjustierung ihrer Projektvorschläge zu verbessern. Ein ungeheuerlicher Vorgang. Unseren Antrag zur Veränderung der Vergabepaxis lehnte die CSU im Europaausschuss des Bayerischen Landtags ab. Die CSU hat offensichtlich kein Interesse an einem Wettbewerb um die besten Ideen, sondern will die Gelder lieber weiterhin nach Gutsherrenart verwalten und verteilen. Wir wollen eine grundlegende Veränderung bei der Projektauswahl erreichen,

indem die Förderkriterien zusammen mit den Eine-Welt-Gruppen im Freistaat erarbeitet und dann veröffentlicht werden: Schließlich gibt es sehr viele potentielle bayerische Projektträger in der Eine-Welt-Arbeit, die historisch bedingt besonders im ostafrikanischen Raum gut vernetzt sind. Sie können zur Bekämpfung von Fluchtursachen gute und nachhaltige Projekte auf den Weg bringen. Dieses Potential verschenken wir, obwohl das Geld vorhanden wäre.

---

### **Impressum**

Florian Streibl, MdL  
Othmar-Weis-Straße 5  
82487 Oberammergau  
Tel: 08822/935282  
Fax: 08822/935287

E-Mail: [info@florian-streibl.de](mailto:info@florian-streibl.de) Homepage: [www.florian-streibl.de](http://www.florian-streibl.de)